

Stromleitung soll zum Teil unter die Erde

Niedersachsen will Pilotland für Verkabelung werden

HAB HANNOVER. Niedersachsen soll „Pilotland“ für die Erdverkabelung von Hochspannungsleitungen werden. Das hat Staatssekretär Friedrich-Otto Ripke (CDU) gestern bei der Vorstellung des vom Kabinett endgültig beschlossenen Landesraumordnungsprogramms (LROP) angekündigt.

In dem Programm sind zwei neue 380-Kilovolt (kV)-Leitungen von Diele (Kreis Leer) durch das Emsland zum Niederrhein sowie von Peine nach Nordhessen vorgesehen. Sie haben zusammen eine Länge von 360 Kilometern. Während die Trasse im Osten im Rahmen des europäischen Verbunds benötigt wird, dient die Linie im Westen zum Transport des Stroms aus geplanten neuen Kraftwerken sowie aus Off-shore-Windanlagen in der Nordsee.

Grundsätzlich hat die Regierung im Raumordnungsprogramm zwar verfügt, „Hoch- und Höchstspan-

nungsleitungen auf neuer Trasse sind unterirdisch zu verlegen“, doch müssen dafür nach Einschätzung Ripkes „noch einige Hürden“ genommen werden. So sieht das Energiewirtschaftsgesetz des Bundes nur Freileitungen vor.

Gleichwohl will Niedersachsen nun bei den beiden neuen 380-kV-Trassen die Energiekonzerne dazu bewegen, zumindest streckenweise in die wesentlich teurere Erdverkabelung einzusteigen. So gibt das neue LROP vor, den Strom aus den künftigen Windkraftanlagen auf See in einer Leitung zu bündeln, die dann vom Anlandungspunkt an der Küste bis zum Anschluss an das Hochspannungsnetz bei Diele auf ganzer Strecke unterirdisch verläuft.

Laut Ripke ist für die weitere Route durch das Emsland in Richtung Süden ein Raumordnungsverfahren vorgesehen, in dem eine „optimierte Trasse“ ermittelt werden soll. Wenn es dabei dann in bestimmten „sensiblen Bereichen“ - zu große

Nähe zur Wohnbebauung oder Gefährdung eines Naturschutzgebietes - keine Lösung gebe, sollte hier jeweils eine Erdverkabelung vereinbart werden.

Ripke regte an, dafür Energieunternehmen und auch Kabelhersteller ins Boot zu nehmen. Das Land wolle sich an solchen neuartigen „Tunnellösungen“ nicht finanziell beteiligen, sei aber bereit, Forschungskapazitäten bereitzustellen. Über die Bundesnetzagentur wolle Niedersachsen auch auf Unterstützung seitens des Bundes drängen.

Im Raumordnungsprogramm sind vier Standorte für neue Gas- bzw. Kohlekraftwerke benannt: Stade-Bützfleth, Wilhelmshaven, Emden und Lingen. Hinzu kommt Dörpen, wo aber noch keine Investitionsentscheidung gefallen ist. Ripke stellte klar, dass Niedersachsen auf jeden Fall eine Konstellation vermeiden will: dass in Holland Kraftwerke entstehen, deren Strom dann auf deutscher Seite abgeleitet wird.